

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Energiepolitik

Nr. 138/12 vom 21. März 2012

Jens-Christian Magnussen: : Wir reden nicht, wir handeln! Die CDU managt die Energiewende!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, Jens-Christian Magnussen, sagte am Rande der heutigen (21. März 2012) Energiedebatte:

„Die CDU-Fraktion hat mit drei Anträgen zur heutigen Energiedebatte wieder einmal deutlich gemacht, dass wir es sind, die das Tempo bei der Energiewende unverändert hoch halten.

Die CDU halte unverändert eine Kürzung der Einspeisevergütung bei Solaranlagen für dringend geboten. Die Zubauraten von je 7.500 MW in den Jahren 2010 und 2011 sind deutlich zu hoch.

„Wir wollen einen vertretbaren Zubau von 3500 MW im Jahr. Es muss aber gleichzeitig sichergestellt sein, dass bei den notwendigen Kürzung der Solarförderung angemessene Übergangsfristen garantiert werden.“

Im Rahmen der neuerlichen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes fordere die CDU weiter, dass der Bundesrat bei zukünftigen Verordnungen in die Beratung mit einbezogen werde und dass die volkswirtschaftlichen Anreizwirkungen des neuen Marktintegrationsmechanismus noch einmal dahingehend überprüft werden, ob die Traglasten dieses neuen Modells zwischen den Marktakteuren und den Bürgern richtig verteilt worden seien.

„Wir müssen alles dafür tun, die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung durch bezahlbare Energiepreise sicherzustellen.“

Hierzu gehöre auch die Optimierung des im EEG geregelten Einspeisemanagements. Im Jahr 2011 hätten 85 % aller Härtefallabschaltungen im Rahmen des Einspeisemanagements in Schleswig-Holstein stattgefunden.

„Die CDU will den erzeugten Überschussstrom nutzbar machen, um volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden. Hierzu wollen wir initiativ einen Feldversuch auf lokaler und regionaler Ebene zur Speicherung von Überschussstrom starten.“

Deshalb sei die heute vorgestellte Gründung der „Speicher-Initiative Schleswig-Holstein“ zu begrüßen.

„Speichertechnologien stellen neben dem erforderlichen Netzausbau eine sinnvolle Ergänzung und Alternative zur Zwangsabschaltung von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein dar.“

Um die Energiewende noch besser managen zu können, sei begleitend zu den von der Landesregierung und Energieminister de Jager seit 2009 angeschobenen Maßnahmen ein jährliches Monitoring erforderlich.

„Wir wollen als CDU frühzeitig über die Entwicklung beim Netzausbau, beim Repowering von Windkraftanlagen, bei der Zusammenführung von Windkraftstandorten, beim Zubau von Photovoltaik, Biomasse und Geothermie und auch der Integration von Stromspeichern informiert werden, um gegebenenfalls nachsteuern zu können.“

Dieses Monitoring müsse durch die Wissenschaft und Energiewirtschaft beratend begleitet werden.

Wir wollen in Schleswig-Holstein eine sichere, wettbewerbsfähige, klimafreundliche und finanzierbare Energieversorgung, denn diese ist die Voraussetzung für das weitere Wachstum der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein, so Magnussen abschließend.